

ZUSAMMENFASSUNGEN

Hanspeter Kriesi

Demokratische Legitimität: Gibt es eine Legitimitätskrise in der kontemporären Politik?

Vor dem Hintergrund einer erneuten Debatte zur demokratischen Legitimität diskutiert dieses Essay ihre Konzeptualisierung, zeitliche und räumliche Entwicklung, sowie die sie antreibenden Kräfte. Die konzeptuelle Diskussion mündet in eine Typologie, welche vier Formen demokratischer Legitimität unterscheidet. Die Diskussion der empirischen Reichweite und Tiefe dieser Typen zeigt, dass demokratische Werte sich weltweit verbreiten – sogar in Nicht-Demokratien, dass sie aber oft oberflächlichen Charakter haben und schlecht verstanden werden. In etablierten Demokratien verweisen die empirischen Trends weniger auf eine kontinuierliche Erosion der demokratischen Legitimität, sondern sind eher vereinbar mit Gleichgewichtsmodellen, denen zufolge die demokratische Legitimität aufgrund von Effizienzkriterien kurz- bis mittelfristig um stabile Gleichgewichtsniveaus herum variiert. Diese Niveaus bewegen sich ihrerseits langfristig aufgrund von kulturellen Trends und exogenen wirtschaftlichen Erschütterungen wie der aktuellen Wirtschaftskrise.

Martin Beck

Der „Arabische Frühling“ als Herausforderung für die Politikwissenschaft

Das Versäumnis der Sozialwissenschaften, den Arabischen Frühling zu prognostizieren, wird im vorliegenden Aufsatz produktiv gewendet, um Forschungsfragen zu entwickeln und kritisch zu diskutieren. Ist der Arabische Frühling von epochaler Bedeutung, welche Rolle kommt der Zivilgesellschaft und dem Islamismus zu, wie ist der Arabische Frühling mit der Globalisierung verbunden, wie ist die neue politische Diversifizierung im arabischen Nahen Osten zu fassen und zu erklären, und wie sehen die Bedingungen möglicher zukünftiger Entwicklungen aus? Der Beitrag rekurriert auf das Transitionsparadigma und das Rentierstaats-Konzept: Der Arabische Frühling hat in Teilen der arabischen Welt ergebnisoffenen politischen Wandel ausgelöst, der durch Renten sowie das institutionelle Gefüge stark beeinflusst worden ist.

Christian Blum

Eine integrative Theorie des Gemeinwohls

Kann die politische Philosophie eine Bestimmung des Gemeinwohlbegriffs anbieten, auf deren Grundlage korrekte von inkorrekten Verwendungsweisen des Begriffs unterschieden werden können? Das diskussionsbeherrschende theoretische Paradigma des Prozeduralismus basiert auf der These, dass das Gemeinwohl erschöpfend über die Angabe formaler Verfahrenskriterien als Output eines normativ und funktional adäquaten demokratischen Systems definiert werden kann. Ich argumentiere dafür, dass dieses Paradigma unplausibel ist. An seiner statt optiere ich für eine integrative Gemeinwohltheorie, die formale Verfahrenskriterien durch substanzielle und objektive Rahmenbedingungen komplementiert.

Johannes Muntschick

Regionalismus und Externer Einfluss: Stört die Europäische Union die Regionale Marktintegration im Südlichen Afrika?

Dieser Beitrag widmet sich den Fragen, warum in der Southern African Development Community (SADC) der bislang recht erfolgreiche Prozess der regionalen Marktintegration aktuell ins Stocken geraten ist und warum gleichzeitig die Existenz der gut hundertjährigen Southern African Customs Union (SACU) gefährdet ist, obwohl sich die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in der Region in letzter Zeit kaum verändert haben. Mit Hilfe eines situationsstrukturellen Ansatzes zur Analyse von regionaler Integration, der den Einfluss externer Akteure explizit berücksichtigt, wird demonstriert, dass die Europäische Union durch ihre Economic Partnership Agreements einen unerwartet störenden Effekt auf den Regionalismus im Süden entfaltet und für das Scheitern der geplanten SADC-Zollunion und ein drohendes Auseinanderbrechen der SACU mitverantwortlich gemacht werden kann.

Henrik Enderlein

**Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie:
Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008-2013**

Ausgeprägte Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen verstärken die Probleme kollektiver Entscheidungsfindung in Demokratien. Der Aufsatz stellt eine Typologie zu Entscheidungsmodi und Legitimation der Wirtschaftspolitik in normalen Zeiten und Krisenzeiten auf. Er zeigt, dass in Krisen wegen der verstärkt auftretenden zeitlichen Inkonsistenzen in Kombination mit hoher Verteilungsgewissheit eine „Ad-hoc-Technokratisierung“ der Wirtschaftspolitik entsteht. Die faktische Abspaltung wirtschaftspolitischer Entscheidungen vom Input-basierten Legitimationsprozess ist demokratietheoretisch relevant, weil die Verteilungsimplicationen der Krisenpolitik in der Regel sehr hoch sind. Das resultierende „Demokratiedefizit“ ist allerdings nicht als Symptom der „Postdemokratie“ zu sehen, sondern als Folge der spezifischen wirtschaftspolitischen Anforderungen im Krisenkontext.